

# Durchbruch der drei Dauerkämpfer

**Pensionskasse** Für die Gemeinden hat sich der Widerstand gelohnt. Der Kompromiss ist ihr Sieg

VON MICHAEL NITTAUS

Das Grinsen kommt in dreifacher Ausführung. Als Lukas Ott, Mike Keller und Urs Hintermann gestern das Liestaler Rathaus verliessen, war den Gemeindepräsidenten von Liestal, Binningen und Reinach deutlich anzusehen, dass sie sich als heimliche Sieger fühlten. Dass tags zuvor die landrätliche Finanzkommission (Fiko) ihrem Wunsch entsprochen hatte und die Gemeinden bei der Milliardenlast der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) stark entlasten will, wirkte wie ein Aufputzmittel.

## Landrat hat Rückzug in der Hand

Schliesslich geht es um viel Geld: Konkret empfiehlt die Fiko dem Landrat, dass der Kanton sämtliche Kosten der kommunalen Lehrkräfte bei der Ausfinanzierung der BLPK von 276 Millionen Franken übernehmen soll. Damit kommt die Kommission den Vertretern der Gemeindeinitiative deutlich stärker entgegen, als dies die Regierung mit ihrem Gegenvorschlag tun wollte (siehe Kasten rechts). Die Konsequenz: Ott, Keller und Hintermann kündigten im Namen der 28 Initiativgemeinden an, die Gemeindeinitiative zurückzuziehen, sollte der Landrat am 20. Februar der Fiko-Variante folgen.

An der gestrigen Pressekonferenz fiel freilich nie das Wort «Sieg». Stattdessen sprach das Trio stets vom «fairen Kompromiss». Dass die Fiko nun aber genau das empfiehlt, mit was die Gemeindevertreter in zig Verhandlungsrunden bei Finanzdirektor Anton Lauber (siehe Interview unten) gescheitert waren, macht es für sie zu einem eigentlichen Durchbruch.

## Am 18. Mai wird sicher abgestimmt

Natürlich hat Hintermann recht, wenn er mahnt, dass «wir noch nicht am Ziel, sondern erst auf der Zielgeraden sind». Denn erst muss der Landrat, der die Vorlage am 13. und 20. Februar berät, dem Kompromiss zustimmen. Keller verweist zuversichtlich auf «gute Gespräche» mit diversen Landräten. Zum Stolperstein dürften die 33,5 Millionen Franken für die Besitzstandsregelung der Lehrkräfte werden, die in der Fiko nur mit Stichtentscheid des Präsidenten Marc Joset (SP) durchkamen. Allerdings: «Verändert der Landrat die Fiko-Vorlage, ist der Rückzug der Initiative nichtig», setzt Keller sogleich wieder Druck auf.

Der Grund für die harte Linie ist der enge Zeitplan. Da die Regierung



Voller Zuversicht: Lukas Ott, Mike Keller und Urs Hintermann (v. l.). NIZ

bereits am 25. Februar die Details der Abstimmung vom 18. Mai festlegt, mussten die 28 Gemeinden, die die Initiative unterschrieben haben, den Rückzug unter Vorbehalt des Landratsbeschlusses schon aufgleisen. Dafür braucht es die Zustimmung von mindestens 24 Gemeinderäten. Übrigens: Auch wenn die Gemeindeinitia-

tive zurückgezogen wird, dürfte das Volk am 18. Mai abstimmen – einfach bloss über den Gegenvorschlag der Fiko. Einerseits, weil er im Landrat kaum das Vier-Fünftel-Mehr erreichen dürfte. Und andererseits sagt Keller: «Wenn auch das Volk dem Kompromiss absegnen, ist das ein Signal, dass das Sanierungspaket nicht

## 2 Extreme, 1 Kompromiss

Mit Gemeindeinitiative, regierungsräthlichem Gegenvorschlag und dem Gegenvorschlag gemäss Finanzkommission (Fiko) stehen zurzeit drei Varianten im Raum, die Kanton und Gemeinden in unterschiedlichem Mass belasten. Hier die Unterschiede:

- **Gemeindeinitiative:** Sie verlangt vom Kanton, die Ausfinanzierungsschulden aller 236 der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) angeschlossenen Arbeitgeber zu tragen. Dadurch würde der Kanton neben den eigenen Kosten von 1,35 Milliarden Franken zusätzlich **873 Millionen Franken** übernehmen müssen.

- **Gegenvorschlag Regierung:** Die Regierung bietet allen Arbeitgebern ein Pooling an, damit gemeinsam günstiger Geld am Markt aufgenommen werden kann. Zudem würde der Kanton gegenüber der BLPK für alle 236 Arbeitgeber garantieren, dass die Forderungen erfüllt werden. Und die Regierung wäre bereit, die Deckungslücke der Musikschullehrer von **59 Millionen Franken** zu übernehmen. Die Deckungslücke der kommunal angestellten Kindergarten- und Primarlehrer von 184 Millionen Franken würde hingegen allen Gemeinden gemäss Einwohnerzahl und Steuerkraft belastet.

- **Gegenvorschlag Fiko:** Der Vorschlag der Regierung wird übernommen, aber im Sinne eines Kompromisses erweitert. So soll der Kanton à fondsperdu die vollständige Deckungslücke der kommunal angestellten Lehrpersonen von rund 243 Millionen Franken übernehmen. Hinzu kommen 33,5 Millionen Franken für die Besitzstandsregelung, total also eine zusätzliche Belastung des Kantons von rund **276 Millionen Franken**. Tritt allerdings eine Gemeinde oder ein Lehrerkollektiv aus der BLPK aus, muss der jeweilige Beitrag zurückerstattet werden. (MN)

doch wieder von irgendjemandem infrage gestellt wird.»

Da die Regierung Landratsentscheide mittragen muss, zeichnet sich noch keine starke Opposition ab. «Ich bin überzeugt, dass das Volk hinter dem Kompromiss steht», sagt Hintermann. Hat er recht, wird der Kompromiss wohl doch noch zum Sieg.

## Kommentar

von Michael Nittaus



## Gewieftete Taktik zahlt sich aus

■ *Hut ab! Lukas Ott, Mike Keller und Urs Hintermann haben fertiggebracht, was kaum einer den drei Gemeindepräsidenten noch zugetraut hätte: Sie sind zurück in der Erfolgsspur. Dies, obwohl sie mit ihrer Gemeindeinitiative monatelang als gierige Trotzköpfe abgetan wurden, die ohne Rücksicht auf den Kanton die eigenen Interessen durchboxen wollen – komme, was wolle.*

*Nun erweisen sie sich als gewieftete Taktiker: Im Lichte der Öffentlichkeit inszenieren sie sich als jene, die von ihrer Maximalforderung zugunsten eines «fairen Kompromisses» abrücken. Das Angebot, die Gemeindeinitiative zurückzuziehen, erscheint damit grosszügig. Dabei hat ihnen die Finanzkommission nur gegeben, was sie von Anfang an haben wollten. Wer am Ende 276 Millionen Franken sparen will, fordert zuerst deren 873.*

*Ott, Keller, Hintermann – und mit ihnen alle 48 Gemeinden, die die Initiative unterstützen – haben einen grossen Vorteil: Die Übernahme der BLPK-Deckungslücke der kommunalen Lehrkräfte ist tatsächlich ein Grenzfall. Die Gemeinden haben keinen Einfluss auf die Anstellungsbedingungen, da fast alles vom Kanton vorgegeben ist. Im Sinne einer einheitlichen Behandlung aller Lehrkräfte ist es richtig, dass der Kanton diesen Betrag übernimmt.*

*Dem gegenüber steht die Last der Kosten einer halben H2. Kommt am 18. Mai tatsächlich dieser Kompromiss vors Volk, gilt es, abzuwägen. Dabei überwiegen die Vorteile des Kompromisses: Die Gemeinden müssen immer noch einen wesentlichen Beitrag leisten und der Kanton wird nicht komplett erdrückt. Vor allem ermöglicht der Mittelweg, dass sich die Fronten zwischen Kanton und Gemeinden nicht verhärten. Denn die nächsten Herausforderungen stehen vor der Tür.*

michael.nittaus@azmedien.ch

## Nachgefragt

### «Eine Steuererhöhung darf niemals das erste Argument sein»

**Herr Lauber, die landrätliche Finanzkommission will bei der Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) den Gemeinden stärker entgegenkommen als die Regierung.**

**Anton Lauber:** Ich sehe das pragmatisch. Im Moment ist das grosse Feilschen im Gange: Gemessen an den Forderungen der Gemeindeinitiative, die für den Kanton zu einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von 873 Millionen Franken führen würde, wirkt der Vorschlag der Fiko mit zusätzlichen 276 Millionen moderat. Dieser hat zur Folge, dass der Kanton die gesamten Kosten für die Ausfinanzierung der Lehrpersonen in den Gemeinden und überdies die Kosten für die Besitzstandsregelung übernimmt. Die Fiko hat den Gegenvorschlag der Regierung aufgenommen und erweitert. Ich nehme diesen Beschluss so zur Kenntnis.

**Von Gemeindeseite hört man, Sie hätten sich hinter den Kulissen kaum gegen den Fiko-Vorschlag gewehrt, der im Vergleich zum Gegenvorschlag der Regierung für den Kanton 217 Millionen teurer ist.**

Dieses Gerücht kann ich nicht bestätigen. Für den besten Vorschlag halte ich selbstverständlich jenen der Regierung, der einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von knapp 59 Millionen Franken nach sich zieht. Die Regierung schlägt darin auch ein Pooling bei der Beschaffung von Kapital zur Ausfinanzierung sowie Kantonsgarantien vor für sämtliche Arbeitgeber, die bei der BLPK angeschlossen sind (siehe Text oben). Das sind gute Leistungen, die für den Kanton keine grossen Mehrkosten nach sich ziehen.

**Welche Folgen hätte die Annahme des Fiko-Vorschlags?**

schlägt mit 1,35 Milliarden zu Buche – macht zusammen 1,6 Milliarden. Das stellt eine happige Belastung für die Kantonsfinanzen dar. 2,76 Milliarden Franken würde dann die kumulierte Schuldenlast des Kantons betragen. Das ist mehr als die Einnahmen eines ganzen Jahres. Ein weiterer Vergleich, der die Grössenordnung veranschaulicht: Diese Schuldenlast entspricht



**«Im Moment ist das grosse Feilschen im Gange. Ich nehme den Beschluss der Fiko so zur Kenntnis.»**

**Anton Lauber,**  
Baselbieter Finanzdirektor

schlägt mit 1,35 Milliarden zu Buche – macht zusammen 1,6 Milliarden. Das stellt eine happige Belastung für die Kantonsfinanzen dar. 2,76 Milliarden Franken würde dann die kumulierte Schuldenlast des Kantons betragen. Das ist mehr als die Einnahmen eines ganzen Jahres. Ein weiterer Vergleich, der die Grössenordnung veranschaulicht: Diese Schuldenlast entspricht

dem Investitionsvolumen des Kantons Baselland von über zehn Jahren.

### Wird eine Steuererhöhung dann doch zum Thema?

Eine Steuererhöhung darf niemals das erste Argument sein. Wir würden erst als Ultima Ratio darauf zurückgreifen. Die Regierung setzt nun auf das Entlastungspaket 12/15, das ausgabenseitige Verbesserungen bringt, und auf die Wirtschaftsoffensive, die das Steuersubstrat verbreitern soll.

**Die Initianten der Gemeinde-Initiative wollen ihr Begehren zurückzuziehen, wenn der Fiko-Vorschlag im Landrat durchkommt. Tut er dies mit einem Vierfünftel-Mehr, ist eine Volksabstimmung unnötig.**

Ich denke nicht, dass im Landrat ein Vierfünftel-Mehr erzielt wird – weder für den Gegenvorschlag der Regierung noch für den der Fiko. Es wird wohl ohnehin zu einer Volksabstimmung kommen. Angesichts der Dimension der Vorlage halte ich das für sinnvoll.

Interview: Hans-Martin Jermann

## Gemeinden gegen Kanton

Als 2012 der Kanton beschloss, die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) mit einem Systemwechsel zu sanieren und den fehlenden Betrag von **2,23 Milliarden Franken** den angeschlossenen Arbeitgebern – Kanton, Gemeinden, Spitäler, Kirchen, Spitexvereine, etc. – in Rechnung zu stellen, regte dies den **Widerstand der Gemeinden**. Allerdings konnten sich diese nicht auf ein gemeinsames Vorgehen für eine aus ihrer Sicht verträglichere Sanierungsvorlage einigen. Deshalb reichten **28 Gemeinden** im April 2013 die Gemeindeinitiative ein. Sie verlangt, dass der Kanton die Ausfinanzierungsschulden sämtlicher an der BLPK angeschlossenen Arbeitnehmenden übernimmt – so etwa der Gemeindeangestellten. Vertreter der Gemeindeinitiative bekämpften auch die Sanierungsvorlage für die Kantonsangestellten; diese wurde am 22. September 2013 vom **Baselbieter Volk knapp gutgeheissen**. Am **18. Mai** steht der nächste Urnengang zur BLPK bevor: Dann wird das Volk entscheiden, inwiefern sich der Kanton an den Kosten der angeschlossenen Arbeitgeber – speziell der Gemeinden – beteiligen soll. (HAJ)